

# Frankreich-Wahl und die Folgen für Gold Ihr Vermögen

26.04.2017 | [Sascha Opel](#)

Die Wahl in Frankreich hat die Märkte kurzfristig in Jubelstimmung versetzt und in den "Risk-on"-Modus schalten lassen. Der DAX gewann am Montag satte 3,4% auf ein neues Allzeithoch bei 12.455 Punkten, der französische CAC40 legte gar 4,5% und der EuroStoxx50 3,9% zu. Auch in den USA reagierten die großen Aktienindizes, die zuvor einen angeschlagenen Eindruck machten, mit Kursgewinnen.

Dass die Märkte nach dem Sieg des nationalistischprotektionistisch argumentierenden Donald Trump ebenso in Jubellaune verfielen, wie jetzt nach dem Sieg des liberal-sozialen Macron, der die Integration Europas vorantreiben möchte, ist einigermaßen paradox. Liegt es vielleicht daran, dass - egal in welche Richtung sich die Welt entwickelt - Protektionismus oder Vorantreiben der "Integration" Europas (was nichts anderes bedeutet, dass es auch kein Entkommen mehr aus dem Festkurssystem Euro mit allen Nebenwirkungen geben wird), die Anleger das Miteigentum an Aktiengesellschaften, Immobilien und/oder an deren "(Hard) Assets", die nicht beliebig vermehrbar und kontrollierbar sind, wie Gold oder Bitcoins, als "sichereren Hafen" ansehen, wie Geldwerte?

Sollte Macron Präsident werden, bedeutet dies jedoch noch lange nicht, dass diese weitere Integration Europas (was nichts anderes als das unüberwindbare Zusammenschweißen Deutschlands und Frankreichs zur Voraussetzung hat) auch vollendet wird. Die Europäische Union hat ein Szenario entwickelt, welches vor zwei Jahren als der "Plan der fünf Präsidenten" unter der Mitwirkung von SPD-Kanzlerkandidat vorangebracht wurde.

*Link:*

<https://ec.europa.eu/commission/publications/five-presidents-report-completing-europes-economic-and-monetary-union>

Dieser Plan verlangt eine Bankenunion, eine Sozialunion und eine Fiskalunion, also Europaübergreifende Haftungstöpfe für Bankeinlagen, gleichgeschaltete Sozialversicherungen und schließlich Eurobonds. Deutschland wäre bei dieser geplanten Vollendung der WWU (Wirtschafts- und Währungsunion) auf Dauer Zahlmeister Nummer 1.

Ähnlich wie der bundesdeutsche Länderfinanzausgleich heute Deutschland in Zahler und Empfängerländer aufteilt. Dem Bericht der EU kann man entnehmen, dass man sich sehr wohl bewusst ist, dass der fehlende Einfluss von Wechselkursanpassungen aus der Vor-Euro-Zeit nur durch Strukturreformen erreicht werden kann. Die Forderung der sukzessiven Aufgabe nationaler Souveränität hin zu mehr EU-Zentralismus ist angesichts der Tatsache, dass bereits die Währungssteuerung zentralisiert ist, aus Sicht der EU durchaus logisch. Doch spielen wir das Ganze mal durch:

Die Verschuldung wächst weltweit nach wie vor schneller als die Wirtschaft. Von Haushaltsdisziplin kann weder in den USA, Japan und in Europa die Rede sein. Dauerhaft kann ein mehr an Schulden, welches nicht zu mehr Wachstum und Steuereinnahmen führt, nicht funktionieren. Bislang versucht man das Ganze mit künstlich niedrigen Zinsen, welche bezahlbare Schulden nach sich ziehen, in die Länge zu ziehen.

Man hofft, dass die Wirtschaft durch das billige Geld in Schwung kommt. Gleichzeitig führt das billige Geld zu neuen Schulden und neuen Finanzblasen (Asset-Price-Inflation), die beim Platzen neues, noch billigeres Geld erfordern, wenn man keinen Megacrash mit erheblicher Asset-Price-Deflation zulassen will. Wenn das kein Teufelskreis und echtes Systemproblem ist, was dann?

Es ist inzwischen kein Geheimnis, dass in allerhöchsten Notenbank-, Polit- und Beratungskreisen darüber diskutiert wird, wie man aus dem Schuldendilemma herauskommt, wenn es nicht mit dem Herauswachsen funktionieren sollte. Dazu sind unserer Meinung nach folgende Optionen - in Kombination, in Abfolge oder einzeln - realistisch:

- 1) Die **finanzielle Repression**, in der wir uns bereits befinden, muss über einen sehr langen Zeitraum beibehalten werden. Sprich: Die Realzinsen müssen auf Cash und Geldwerte deutlich negativ sein (aktuell circa 1,5-2%). Das entwertet sukzessive Schulden und auf der anderen Seite der Bilanz die Geldvermögen. Negativzinsen für alle Einlagen - also auch von Privatkunden - könnte das Ganze noch beschleunigen.

- 2) **Staatsschulden einfach streichen.** Die EZB, aber auch die FED und vor allem die Bank of Japan, haben bereits einen hohen Bestand an Staatsanleihen aufgekauft, die nun in der eigenen Bilanz enthalten sind. Hier handelt es sich bereits um eine Vorstufe der Staatsfinanzierung. Notenbanken fürchten sich aufgrund der historischen Erfahrungen (Deutsches Reich mit Hyperinflation, Simbabwe oder nun Venezuela) zurecht davor, dass durch eine direkte Staatsfinanzierung durch die Notenpresse die Inflation zu galoppieren beginnt.

Die ohnehin schwache Haushaltsdisziplin in weiten Teilen der Eurozone wäre wohl dahin und Populisten aller Lager würden Wahlversprechen mit der Notenpresse finanzieren. Währungen würden zu "Konfetti". Die Notenbanken würden zu "Bad Banks" in denen die Schulden des Systems ihr Endlager finden. Die Bürger würden am Euro zu zweifeln beginnen, wenn nicht nur die Vermögenspreise wie Immobilien und Aktien steigen, sondern auch die Verbraucherpreise. Es wäre zumindest verwunderlich, wenn bei einer Bilanzausweitung der globalen Notenbanken um 15 Billionen USD in den letzten 10 Jahren nicht auch noch die "normale" Inflation in Gang kommt.

- 3) **Bargeldverbot.** Wenn inzwischen nicht nur Kenneth Rogoff, sondern weitere global einflussreiche Ökonomen die Abschaffung des Bargeldes empfehlen, dann sollte klar sein, dass es nicht etwa um "Einsparungen" im Zahlungsverkehr, um "Terrorismusbekämpfung" oder sonstige Fadenscheinigen Argumente geht, sondern um die ultimative Kontrolle des umlaufenden Geldes, welches dann rein elektronisch wäre. Die Notenbanken hätten dann die Möglichkeit, jeden Minuszins problemlos durchzusetzen. Das wäre die Vorstufe zur letzten Möglichkeit.
- 4) **Die Konfiskation von Vermögen.** Sie meinen, es wäre unrealistisch, dass der Staat Vermögen direkt einzieht? Der IWF hat dies jedoch schon vor Jahren ins Spiel gebracht (der Originalbericht des IWF von damals liegt uns als PDF vor).

*Presse-Link:*

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/hohe-staatsschulden-iwf-denkt-ueber-vermoegensabgabe-n>

Würde man jedem Bürger 10% seiner Guthaben über Nacht per Knopfdruck wegnehmen, würde das die Schulden lediglich auf das Niveau vor Lehman 2008 senken. Daher glauben (und hoffen) nicht, dass solche Pläne ernsthaft umgesetzt werden. Alleine, dass diese jedoch ernsthaft weiterhin diskutiert werden, zeigt uns jedoch, dass man als Anleger vorsichtig sein muss.

## Welche Vorsichtsmaßnahmen kann man für diese Pläne treffen?

Eine Bargeldabschaffung würde das Ausweichen auf Alternativwährungen wie Gold oder auch Bitcoins erheblich erschweren, da dieses bei einer ausufernden Fluchtbewegung, die dann jederzeit elektronisch verfolgt, auch dementsprechend elektronisch unterbunden oder eingeschränkt werden könnte. Es wäre das Ende der finanziellen Freiheit. Da eine Abschaffung von Bargeld wohl (noch) auf zu viel Widerstand stoßen würde, sehen wir als wahrscheinliches, da einfacheres und lautloses Szenario, eine Monetarisierung der Staatsschulden mit dem Ziel Inflationierung.

Hier bietet sich weiter ein klassischer Mix aus Aktien, Gold, Immobilien und anderen Sachwerten an, die nicht einfach beliebig reproduziert oder enteignet werden können bzw. die bei Inflation durch zu viel billigem Geld an Wert zulegen, an. Zudem kann man dem Staat den Zugriff auf das eigene Vermögen dahingehend erschweren, dass man Rechtsräume außerhalb Deutschlands und der EU sucht, die noch Schutz bieten.

Dazu zählen beispielsweise die Schweiz, aber auch Kanada und demnächst (nach Brexit) Großbritannien. Dort kann man (noch) ganz legal ein Konto eröffnen und muss die Erträge daraus natürlich versteuern. Damit sind die Probleme zwar nicht gelöst, denn man bleibt ja weiter mit Wohnsitz in Deutschland auch in Deutschland steuerpflichtig, aber ein direkter Zugriff aufs Geldvermögen dürfte zumindest nicht so einfach möglich sein und man schafft auch eine Währungsdiversifikation.

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/328841-Frankreich-Wahl-und-die-Folgen-fuer-Gold-Ihr-Vermoege.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

---

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!  
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).